

# Kritik des Anti-Semitismus in der DDR

Essay

Harry Waibel

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort.....	2
Historische Voraussetzungen.....	2
Beispiele für gesellschaftlichen Anti-Semitismus.....	9
Beispiele für staatlichen Anti-Zionismus.....	16
Zu den Ursachen des Anti-Semitismus in der DDR.....	23
Abschluss und Perspektiven.....	26
Literaturverzeichnis.....	28

## **Vorwort**

Wegen der Aufhebung der allgemein üblichen 30-Jahres-Frist für die Benutzung von Archivalien, konnte ich ab 1990 zu den Ursachen und zum Verlauf von Neo-Faschismus, Anti-Semitismus und Rassismus in der DDR, anhand von Quellenmaterialien des Jugendarchivs (JA), dem Archiv der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und aus dem Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die alle mittlerweile im Bundes-Archiv (BA) in Berlin-Lichterfelde (Abteilung DDR, SAPMO) wieder zu finden sind, forschen. Die ersten Ergebnisse wurden 1996 veröffentlicht und sie belegen Verlauf und Ursachen neo-faschistischer, anti-semitischer und rassistischer Ereignisse in der SBZ/DDR.<sup>1</sup> Die zu Tage geförderten historischen Fakten müssen öffentlich diskutiert werden, auch wenn sie wegen ihrer Authentizität nicht wirklich angreifbar sind, sind sie für eine kritische Geschichte der DDR zu berücksichtigen. Das hier vorliegende Material habe ich neu überarbeitet und in einen interpretatorischen Rahmen gesetzt, der in einer dialektischen Weise sowohl einen Beitrag leisten soll zum besseren Verständnis der Konstitutionsbedingungen neo-faschistischer Bewegungen, der aber eben auch eine Erweiterung des anti-faschistischen Bewusstseins in Deutschland zum Ziel hat. Orthodoxe oder traditionelle Linke heben immer wieder hervor, dass der Staat der DDR einen Versuch darstellen sollte, ein besseres Deutschland hervor zu bringen. Mit dieser Arbeit will ich einen Beitrag dazu leisten, wo und wie en détail „Anti-Faschismus“ genau dieses Experiment gescheitert ist, und was wir daraus lernen können und müssen.

## **Historische Voraussetzungen**

Vor dem Holocaust lebten auf dem Territorium der DDR bzw. der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ca. 85'000 Menschen jüdischer Herkunft.<sup>2</sup> Nach 1945 waren nur wenige tausend Juden übrig geblieben, die entweder in den faschistischen Lagern überlebt hatten oder die aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt waren. Eine Volkszählung in der SBZ ergab 1946 eine Zahl von 4'500 Juden und einigen tausend Personen jüdischer Herkunft, die sich jedoch nicht zum jüdischen Glauben bekannten.<sup>3</sup> 1949 gab es jüdische Gemeinden in Brandenburg/Havel (68 Mitglieder), Chemnitz (49), Dresden (188), Halle (95), Leipzig (338) Magdeburg (167), Schwerin (81) und Thüringen (264) mit insgesamt 1'250 Mitgliedern. 124 der Mitglieder waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Hinzu kamen ca. 2'500 Juden in Berlin

---

<sup>1</sup> Vgl. Waibel, 1996.

<sup>2</sup> Ministerium der Finanzen. Begründung über eine einmalige Beihilfe an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Berlin, März 1950, IfGA, ZPA, IV 2/14/239.

<sup>3</sup> Timm, S. 60.

(Ost), die der Gesamtberliner Jüdischen Gemeinde angehörten.<sup>4</sup> Nach einer Erhebung der jüdischen Gemeinden in der DDR, wurden 1950/51 nur noch 1'244 Mitglieder gezählt. Nach einer staatlichen Information zur Lage der jüdischen Gemeinden befanden sich 1975 noch 813 Juden in der DDR, von denen ca. 65 % über 60 Jahre alt waren.<sup>5</sup> Im Jahre 1976 wurden noch 710 in der DDR gezählt.<sup>6</sup> Bei der Beurteilung des Anti-Semitismus in der DDR, muss also von einem Anti-Semitismus ausgegangen werden, der gleichsam ohne Juden auskommt. Anti-Semitismus in der DDR erscheint auf einer gesellschaftlichen als auch auf einer staatlichen Ebene und er erscheint sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Mit Hilfe der empirischen Fakten über den in der Gesellschaft sich ausdehnenden Anti-Semitismus wird Zug um Zug die gesamte Thematik aufgerollt. Sichtbar wird nun die dialektische Beziehung, der anti-semitischen, gesellschaftlichen Potentialen mit der anti-zionistischen Außenpolitik der SED. Die gescheiterte De-Nazifizierung in der DDR ist ein weiteres Resultat, dass die Aufklärung über die Ursachen des Neo-Faschismus zu berücksichtigen hat. Als alles dominierende Staatspartei trägt die SED die Verantwortung für die Entwicklung sublimierter anti-semitischer Potentiale, nicht nur durch ihre im Wesentlichen anti-semitisch begründete anti-zionistischen Außenpolitik gegenüber dem Staat Israel, sondern auch durch ihre verdeckt vorgelegene anti-semitische Innenpolitik gegenüber den Vertretern der Juden und ihrer Institutionen. In Anbetracht der wenigen hundert im Land verbliebenen, offiziell gemeldeten Jüdinnen und Juden, letztlich gab es so gut wie keine jüdische Bevölkerung mehr - kann man von einem Anti-Semitismus ausgehen, der im eigenen Land so gut wie keine Juden mehr benötigte, um sich entfalten zu können. Die SED setzte auf den Begriff „Anti-Zionismus“ und auf die damit verbundenen Bewertungen des Staates Israel, die synchron einher ging mit der Politik gegenüber den arabischen Staaten und der PLO. In der west-deutschen Linken gab es deckungsgleich dazu, kaum eine Partei oder Gruppe der außerparlamentarischen Linken, die nicht eine anti-zionistische Politik betrieben hat. Dieser Anti-Zionismus wurde verbunden mit der nationalistischen Ideologie der Befreiung von imperialistischer und kolonialistischer Herrschaft, die im Bündnis der RGW-Staaten mit den Arabern und den arabischen Staaten zu Tage trat.<sup>7</sup> Mit dieser anti-zionistischen Argumentation verbindet sich eine unvollständige, da ideologische Aufarbeitung des NS-Faschismus in West- und Ost-Deutschland. Die Ideologie des Anti-Zionismus als sublimierter, weil gesellschaftlich latent vorhandener Anti-Semitis-

---

<sup>4</sup> Timm, S. 405.

<sup>5</sup> Information zur Vorlage an die Dienstbesprechung: Zur Situation, Struktur usw. in den jüdischen Gemeinden in der DDR, Abtg. I des Staatssekretariats für Kirchenfragen, Berlin, den 19.08.1975, IfGA, ZPA, IV B2/14/174.

<sup>6</sup> SED-Vorlage für die Dienstbesprechung, Information zur Situation der jüdischen Gemeinden in der DDR, NfD, Abteilung I, Berlin, 02.06.1976, IfGA, ZPA, IV B 14/174.

<sup>7</sup> Claussen, 1992, S. 15f.

mus trat bei der staatskapitalistischen und Neuen Linken in den 1960er Jahren offen zu Tage. Haury und auch andere Autoren haben das mittlerweile in mehreren Veröffentlichungen detailliert aufgelistet und belegt.<sup>8</sup> Davon betroffen sind alle relevanten legalen oder subversiven Organisationen der leninistischen, bzw. autoritären deutschen Linken in beiden deutschen Staaten.<sup>9</sup> Ihnen gemein ist der Versuch, die Deutschen und Deutschland von der psychischen Last der NS-Verbrechen zu entlasten, ja zu befreien. Sie entfalten durch ihre Ideologie eine Massensuggestion in der Weise, dass sie die Israelis zu Tätern, ja zu faschistischen Verbrechen erklären und damit wollen sie suggerieren, dass die Juden sind entweder genau so wie es die Nazis waren oder vielleicht noch schlimmer. Dieser anti-semitische Anti-Zionismus zeigt Einstellungen und Befindlichkeiten, die entweder in der Arbeiterbewegung historisch zu Hause waren oder die aus der Ideologie des bürgerlichen Deutschland aufgenommen worden sind. Diese historische Untersuchung über den Zusammenhang von De-Nazifizierung und Neo-Faschismus in der SBZ/DDR, fragt nach Funktionen von Faschisten in ost-deutschen Institutionen und nach ihrem Einfluss auf das Bewusstsein der ost-deutschen Bevölkerung. Generell ist die Frage nach der Form und dem Inhalt der Abwehr neo-faschistischer Gefahren verbunden mit Problemen, die im politisch-psychologischen Bereich angesiedelt sind, und auf das ungenügend verarbeitete Trauma der Niederlage der bürgerlichen und proletarischen Kräfte gegen den Hitler-Faschismus im (Dritten) Deutschen Reich hinweist. Die kollektiven und individuellen traumatischen Erfahrungen dieser historischen Niederlage bestimmen Form und Inhalt der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus bis in die Gegenwart. Die in der Geschichte der Deutschen begründeten mentalen und emotionalen Unsicherheiten über den Misserfolg ihrer anti-faschistischen Anstrengungen ist, neben der faschistischen Gefahr an sich, das Hauptproblem. Einen gescheiterten Versuch diese Probleme zu lösen, stellt der (nationalkommunistische) Anti-Faschismus dar, der die Analyse der Ursachen des Hitler-Faschismus allein auf den politisch-ökonomischen Sektor reduzierte (Dimitroff-These). Auch deshalb wurden nach 1945 die Großindustrie, der Großgrundbesitz, die Banken und Handelskonzerne verstaatlicht. Das Ergebnis war nicht die Befreiung der ost-deutschen Bevölkerung von faschistischen Überzeugungen, sondern die Konstituierung einer kleinbürgerlichen Gesellschaft, in der Angehörige der ehemaligen faschistischen Eliten funktionaler Bestandteil der von den Kommunisten dominierten Eliten wurden. Diese Entwicklung hatte für das gesellschaftliche und individuelle Bewusstsein der Masse der Ost-Deutschen tiefgründige Folgen und die SED versuchte dieses Bewusstsein insofern zu transformieren, als sie die (ostdeutsche) Bevölkerung an die Seite der siegreichen UdSSR

---

<sup>8</sup> Haury, 1998 und 2001.

<sup>9</sup> Haury, 2001, S. 1; raf, S. 422-435.

stellte, und ihr einredete, sie seien die Sieger und legitimen Erben der Geschichte der deutschen Nation. In diese nationalistische Konzeption, wurde das so genannte anti-faschistisch-demokratische Modell eingebettet und bildete so die Grundlage und das politische Umfeld auch für ehemalige NS-Funktionäre. Die partiellen ideologischen und politischen Übereinstimmungen bzw. Schnittstellen mit nationalkommunistischen Vorstellungen haben ihre eigene Geschichte, sowohl in den zugrunde liegenden Gemeinsamkeiten der deutschen Kultur (Anti-Semitismus, Autoritarismus, etc.), als auch in ihrer anti-demokratischen Theorie und Praxis. Sie weisen auf gemeinsame politische Aktivitäten zwischen der NSDAP und der KPD während der Weimarer Republik und führen bis zum Hitler-Stalin-Pakt und schließlich bis zu den Geheimverhandlungen der FDJ mit illegalen Nazi-Gruppen in Westdeutschland. In diesen Schnittstellen verbinden sich nationalistische und völkische Ansprüche der deutschen Faschisten und nationalbolschewistische, also stalinistische Ideologie und Praxis. Vergleiche zwischen diesen beiden extremen Formierungen sind mit politischen und parteipolitischen Vorgaben belastet, und es muss betont werden, dass es bei den Vergleichen zwischen diesen politischen Bewegungen darauf ankommt, entlang des Faktischen zu argumentieren - das gebietet die Verpflichtung zur historischen Wahrheit. Insofern ermöglichen die historischen Erfahrungen mit der DDR, nicht nur theoretische und konkrete Lehr- und Lernprozesse über den fehlgeschlagenen Versuch, Ursachen und Folgen des NS aufzuarbeiten, sondern sie ermöglichen eben auch Einsichten in den Verlauf und das Scheitern des deutschen Kommunismus. In und mit der Pseudothorie des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR gab es kaum ein kritisches Verhältnis von Wissenschaft und Politik, also von Theorie und Praxis, als Ausdruck eines dialektischen Bewusstseins der Aufklärung, deren elementarer Bestandteil Vorstellungen über Demokratisierungsprozesse im Produktions- bzw. Reproduktionsbereich bilden. Insbesondere wäre es hier um den Abbau von Herrschaft, ihrer Strukturen und Ideologien, also um Demokratisierungen der politischen und sozialen Organisationen und Strukturen, gegangen. Parteipolitisch domestizierte Wissenschaftler und pseudowissenschaftliche Parteipolitiker hatten außerhalb ihrer autoritären Grundeinsichten keine Konzepte für die Aufhebung des Anti-Semitismus, denn „Seine Zweckmäßigkeit für die Herrschaft liegt zutage. Er wird als Ablenkung, billiges Korruptionsmittel, terroristisches Exempel verwandt“, soweit die treffende Einordnung des Anti-Semitismus in der „Dialektik der Aufklärung“.<sup>10</sup> Auf der Grundlage der Erkenntnisse über anti-semitische und rassistische motivierte Übergriffe in der DDR ergibt sich die Frage nach den historischen Ursachen, die für die neo-faschistische Ideologi-

---

<sup>10</sup> Horkheimer/Adorno, S. 153.

sierung verantwortlich gemacht werden können.<sup>11</sup> Im Laufe ihrer Sozialisation sind diese Anti-Semiten und Rassisten mit Vorurteilen beeinflusst worden, und nach allem was wir über die Bedingungen von Sozialisationsprozessen wissen, sind Inhalte und Formen der politischen und sozialen Kultur verantwortlich für neo-faschistische Einstellungen und Verhaltensweisen. Die Führer der SED waren in der Regel ehemalige Häftlinge der Nazis oder sie waren aus der Emigration zurückgekehrt. Diesen wenigen Frauen und Männer (Gruppe Ulbricht),<sup>12</sup> denen die Führung der DDR übergeben wurde, standen Millionen ehemaliger Parteimitglieder und Sympathisanten der Hitler-Faschisten gegenüber. Um den Staat etablieren zu können, brauchte die nationalkommunistische Führung, mit dieser historisch und politisch mit dem Nazi-Faschismus kontaminierten Masse der Ost-Deutschen, einen modus vivendi. Viele Funktionsträger die im Nationalsozialismus aktiv waren, z. B. in den Sozial- bzw. Naturwissenschaften, in der Staats- und Wirtschaftsverwaltungen oder in den bewaffneten Kräften, wurden auch im neuen Staat dringend benötigt. Ihr Wissen sollte genutzt werden für die Erfüllung der staatlichen und politischen Ziele der SED. Mit dieser Übereinkunft der Eliten in der DDR wurde informell vereinbart, ab Anfang der 1950er Jahre die juristische Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der NS-Geschichte einzustellen, und die Bevölkerung blieb daraufhin weitgehend von selbstkritischen Tönen und Inhalten verschont. Unterhalb dieser obersten Führungsebene agierten jedoch ehemalige NS-Funktionäre in leitenden Stellungen auf gesellschaftlichen und staatlichen Führungsebenen. Diesen ehemaligen NS-Funktionären in der SBZ/DDR wird unterstellt, analog zu den Erkenntnissen über Neo-Faschismus in West-Deutschland, für die Überlieferung faschistischer Inhalte und Einstellungen mit verantwortlich zu sein. In West- wie auch in Ost-Deutschland wurden also die von den alliierten Siegermächten durchgeführten De-Nazifizierungen Anfang der 1950er Jahre von den Deutschen hauptsächlich als juristisch definiert übernommen und für beendet erklärt.<sup>13</sup> Die Analysen über den Prozess der De-Nazifizierung für die SBZ/DDR zeigen, dass es die „Stunde Null“ in Wirklichkeit auch nicht gab.<sup>14</sup> Die auf dem Territorium der SBZ/DDR befindlichen NS-Funktionäre blieben, bis auf einige wenige Ausnahmen, künftig von politischer oder juristischer Verfolgung unbehelligt. Dazu war erforderlich, die ehemaligen Nazis in die Kategorie von „nominellen“ NS-Parteimitglieder (Pg) einzuordnen, und das betraf die überwältigende Anzahl von Tausenden ehemaliger Nazi-Faschisten. Wenn sie erklärten, sie würden sich für die Ziele des neuen Staates einsetzen, stand ihren Karrieren nichts mehr im Weg. Es muss davon

---

<sup>11</sup> Waibel, 1996, S. 188-211.

<sup>12</sup> Vgl. Leonhard, S. 411f.

<sup>13</sup> Vollnhals, S. 43-55; Werkentin, S. 168-197.

<sup>14</sup> Rößler, s. 15f., S. 168; Otto, S. 6-7; Streim, s. 587-591.

ausgegangen werden, dass sich unter diesen als „nominell“ eingestufte NS-Parteigenossen (Pg), in der Regel waren es Männer, ehemalige NS-Funktionäre aus den Bereichen NSDAP, SS, Staatsverwaltung oder Wehrmacht befanden. Ihnen wurden, trotz ihrer Beteiligung am nationalsozialistischen System, Karrieren ermöglicht, ohne dass sie zuvor politisch oder juristisch zur Verantwortung gezogen worden waren. „Selbst der SED gehörten zu jener Zeit zirka 175'000 ehemalige Offiziere, Oberfeldwebel, Feldwebel sowie Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen an, von denen sie erst 1951 rund 16'000 ausschloss“. <sup>15</sup> Ein anderer Ansatz zur Erforschung dieser Problematik könnte aus Akten des Bundeskanzleramtes entnommen werden, bei denen es um Gespräche zwischen Adenauer und von Manteuffel ging. Von Manteuffel war bis 1945 Generalleutnant der Wehrmachtsdivision Groß-Deutschland und danach Angestellter des Bankhauses Robert Pferdmenges in Köln. Außerdem war er für die FDP Mitglied des Bundestages (MdB) und zusammen mit Alfred Franke-Gricksch, einer der Sprecher, der verdeckt operierenden Gemeinschaft ehemaliger Wehrmachts-, NSDAP-, SS- und HJ-Angehöriger (Spinne, Odessa, Bruderschaft, usw.). Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre, hatte von Manteuffel der Bundesregierung zwei komplette, kriegsstarke Kampfdivisionen angeboten, deren Mitglieder aus allen vier Besatzungszonen bzw. aus beiden deutschen Staaten rekrutiert sein sollten. <sup>16</sup>

Über ehemalige NS-Funktionäre in verantwortlichen Funktionen der SBZ/ DDR wurden bisher noch keine systematischen Forschungen angestellt. Es liegen lediglich Dokumentationen mit Kurzbiographien vor. <sup>17</sup> Diese dokumentarischen Hinweise belegen jedoch, dass NS-Funktionäre in leitenden Funktionen und in beinahe allen ideologisch wichtigen, da massenwirksamen Bereichen (z. B. Volkskammer, ZK, Armee, Politik, Medien) aktiv sein konnten. Auch muss die Frage beantwortet werden, ob und wie das geheime Treffen im Januar 1951 in Gelsenkirchen zwischen Abgesandten der FDJ (damals unter der Führung von E. Honecker) und Vertretern der ehemaligen Reichsführung der HJ in Westdeutschland (A. Axmann), in den gesamten thematischen Komplex eingeordnet werden kann. <sup>18</sup>

Mit ihrer zugleich zielgerichteten und zutiefst widersprüchlichen Politik, protegierte die SED eine anti-semitische und rassistische Atmosphäre, die in der Gesellschaft Spuren hinterlassen hat. Diese Erkenntnisse störten und mussten verdrängt werden: Das Bild der DDR als kommunistischer Frontstaat, mit allen Implikationen die mit dem Begriff Kommunismus verbunden waren und sind, verharrt im Kontext seiner ideologischen Struktur. Der geläufige westli-

---

<sup>15</sup> Otto, s. 19f.

<sup>16</sup> Opitz, S. 191.

<sup>17</sup> Vgl. UfJ, Benedict, Herbst u. a., Cerný.

<sup>18</sup> Aktennotiz an Erich Honecker über die Besprechungen von Vertretern des ZR der FDJ mit ehemaligen HJ-Führern, 27.01.1951, ZPA IV 2/16/166.

che Blick auf die DDR war ein Blick durch die ideologisch gefärbte Brille, war also der Blick auf einen Staat und eine Gesellschaft unter Leitung einer kommunistischen Partei. Dort wurde in einem besonderen politischen Klima diskriminierende faschistische Einstellungen, wie Hass auf Fremde oder Vorurteile gegenüber Juden konserviert und erlebten immer wieder heftige Ausbrüche. Die Führungen der Deutschen Volkspolizei (DVP) oder des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) konnten die historischen und politischen Ursachen dieser Entwicklung nicht einordnen und waren deshalb auch nie in der Lage die Entwicklung einer militanten anti-semitischen Szene zu unterbinden. Bis 1988 war das zentrale Motto bei der Bekämpfung des Anti-Semitismus: Repression durch die Justizbehörden. Im Februar 1988 hielt Erich Honecker eine Rede vor den 1. Kreissekretären der FDJ und er erinnerte seine Zuhörer dabei an die historische Zusammenarbeit der jungen Deutschen nach dem 8. Mai 1945, die unabhängig von ihrer ideologischen oder politischen Herkunft gemeinsam angepackt, die Trümmer des Krieges beseitigt und den Wiederaufbau durchgeführt hatten. Die Jugendlichen aus den ehemaligen NS-Organisationen wie HJ und BDM wären von den Nazis lediglich missbraucht worden und sie fänden nun wieder zu ihren wahren Idealen zurück. Soweit die ernüchternde Botschaft von Honecker an die Jugend. Mittlerweile hatten offene Straßenschlachten mit faschistischen Banden statt gefunden, bei denen auch die DVP eingreifen musste. Honecker, wie die SED insgesamt, wollte nicht wissen, was nicht sein durfte und wenn es sein musste, dann fälschten sie einfach und kontinuierlich die Justiz-Statistik über jugendliche Straftäter. In ihrer Welt waren die Bösen, also die Nazis, im Mai 1945 besiegt worden und überlebten noch im Westen, dank der Unterstützung west-deutscher Regierungen. Die Ursachen der Entwicklung anti-semitischer und auch rassistischer Potentiale in der ost-deutschen Gesellschaft, sind auch darauf zurückzuführen, wie im Staat und in der Gesellschaft der DDR mit Begriffen wie „Deutschland“, „Deutsches Volk“ und „Deutsche Nation“ umgegangen wurde, wie sie von wem verstanden wurden, welche Assoziationen vorgegeben waren und wer, wann und wo damit öffentlich sein durfte. Ein weiteres ursächliches Feld ist die instrumentalisierte Aufarbeitung des Nazi-Faschismus und dessen Folgen für die Nachkriegszeit. Dort wurden sozialpsychologische Verdrängungen durchgesetzt, die heute noch gültig sind, allein schon deshalb, weil sie offiziell nie in Frage gestellt wurden. Die Grundlagen sind insgesamt auch zu verorten in einem anscheinend grenzenlosen Autoritarismus und seinen sozialpsychologischen Grundlagen, wie sie Adorno in der Einleitung zum Problemauf-riss des autoritären Charakters beschrieben hat. Ein Zentrum in diesem verfremdeten Kosmos stellte die militaristische Politik und Propaganda dar, wie sie von der SED üblicherweise

nach Innen wie nach Außen betrieben wurde (DDR 1953, 1961; CSSR 1968; Polen 1980/81).<sup>19</sup>

Bei der Betrachtung der Geschichte der DDR kann, nach dem was wir jetzt wissen, nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Chauvinismus, Rassismus und Anti-Semitismus „bewältigt“ worden wären. Der Nestor der west-deutschen DDR-Historiographie Hermann Weber hat in seiner neuen Einleitung zur „Geschichte der DDR“, 1999 ex-kathedra die DDR von solchen Anfechtungen frei gesprochen.<sup>20</sup> In ihrer Studie „Hammer Zirkel Davidstern“ unterliegt Angelika Timm ebenfalls dem Zwang, die ost-deutsche Bevölkerung von anti-semitischen Gefühlen frei zu sprechen.<sup>21</sup>

Nachfolgend werden anti-semitische Erscheinungen anhand einiger Beispiele aus Archiv-Unterlagen dargestellt.

### **Beispiele für gesellschaftlichen Anti-Semitismus**

1947 wurde der jüdische Friedhof in Chemnitz geschändet und Ende Mai ein großer Teil des jüdischen Friedhofes in Zittau zerstört. Auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee wurden im selben Jahr „Grabdenkmäler beschädigt, beschmiert und umgeworfen“ - es wurden keine Täter belangt.<sup>22</sup>

\*

In Berlin (DDR) wurde 1953 der jüdische Friedhof an der Schönhauser Allee von Unbekannten entweiht.<sup>23</sup>

\*

1956 wurden in Calbe (Bezirk Magdeburg) anti-semitische Äußerungen bekannt, die in den Aussagen gipfelten „Die Juden sind an allem schuld. Hitler hätte noch mehr vergasen sollen“. Auch in Rostock und in Cottbus gab es anti-semitische Aussagen, die jeweils im Bezug zum Suezkrieg standen.

\*

1959 wurden in einer Oberschule im Stadtbezirk VI von Karl-Marx-Stadt Hakenkreuze angebracht und mehrere Schüler spielten ein Spiel das sie „SS und Juden“ nannten.<sup>24</sup>

\*

---

<sup>19</sup> Gutsche, S. 166-179.

<sup>20</sup> Weber, S. 14.

<sup>21</sup> Timm, S. 220.

<sup>22</sup> *Der Weg*. Zeitschrift für Fragen des Judentums, zit.: Deutschkron, 1970, S. 27 und Timm, S. 103.

<sup>23</sup> *Die Zeit* v. 04.09.1953.

<sup>24</sup> Kurzinformationen über Feindtätigkeit, FDJ Abtg. Organisation-Instrukteure, Vertrauliche I/13 Verschlusssache, Berlin, den 21.01.1960, JA IZJ A 3.725.

Im Januar 1960 wurden im Kreis Sonnenberg (Bezirk Suhl) anti-semitische Parolen entdeckt. Im Glaswerk Haselbach wurde ein Abzeichen mit Hammer-und-Sichel mit Hakenkreuzen und mit „Juden raus“ versehen.<sup>25</sup>

\*

Anfang 1960 wurden in der Oberschule (OS) Lodersleben (Kreis Querfurt) anti-semitische Parolen entdeckt.<sup>26</sup>

\*

Im Lehrlingswohnheim des Fischkombinats Saßnitz (Bezirk Rostock) kam es im Verlauf einer Diskussion zu anti-semitischen Äußerungen.<sup>27</sup>

\*

Im März 1960 wurden in Eberswalde (Bezirk Frankfurt/O.) auf einer Plattform im Kranbau und in den Toilettenräumen des Jugendclubs Parolen wie „Juden raus“ und „Heil Hitler“ angebracht.<sup>28</sup>

\*

Im Februar 1960 wurden in Berlin (DDR) im Kantinegebäude eines Elektrokohlebetriebes anti-semitische und faschistische Hetzparolen gefunden. Gleiche Parolen wurden im Ort Treuenbritzen (Kreis Jüterbog) gefunden.<sup>29</sup>

\*

Im Kraftwerk Lübbenau (Bezirk Cottbus) wurde ein Arbeiter jüdischer Herkunft mehrere Tage als „Judenlummel“ beschimpft. Ebenso erging es einem Arbeiter im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) in Cottbus.<sup>30</sup>

\*

Im Dezember 1960 wurden in Magdeburg und Umgebung anti-semitische Hetzparolen geäußert. Im Ort Wanzleben wurden Hakenkreuze angemalt.<sup>31</sup>

\*

---

<sup>25</sup> Kurzinformation 3/60 über Feindarbeit, Vertrauliche I/13 Verschlusssache, FDJ Abtg. Org.-Instr., Berlin, 21.01.1960, JA, IZJ, A 3.725. Dieser Bericht über neo-faschistische Vorkommnisse in den Bezirken Magdeburg, Suhl und Halle hatte als Verteiler die FDJ, das MfS und das Ifo-ZK der SED.

<sup>26</sup> Kurzinformation über Feindtätigkeit, Vertrauliche I/13 Verschlusssache der FDJ Abtg. Org.-Instr., Berlin, 18.02.1960, JA, IZJ, A 3.725. Dieser Bericht beinhaltet Angaben zu neo-faschistischen Ereignissen in den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder, Halle, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Wismut und aus dem Ort Querfurt, JA, IZJ, A 3.725; *Die Welt* v. 05.02.1960.

<sup>27</sup> Kurzinformation über Feindtätigkeit, Vertrauliche I/13 Verschlusssache, FDJ Abtg. Org.-Instr., Berlin, den 18.03.1960, JA, IZJ, A 3.725. Dieser Bericht enthält Informationen aus den Bezirken Frankfurt/Oder, Halle und Suhl.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Kurzinformation über Feindtätigkeit, Vertrauliche I/13 Verschlusssache, FDJ Abtg. Org.-Instr., Berlin, den 18.02.1960. Dieser Bericht beinhaltet Informationen über neo-faschistische Ereignisse in den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder, Halle, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Wismut und aus dem Ort Querfurt, JA, IZJ, A 3.725.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> *Nacht-Depesche* v. 12.01.1960.

Nach dem Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 11. Juli 1961 registrierte das Ministerium des Innern (MdI) für das Jahr 1960 insgesamt 595 Vorfälle mit anti-semitischer Hetze und 2'977 neo-faschistische Vorfälle.<sup>32</sup>

\*

Im November 1961 wurde im Fischkombinat Rostock eine Toilette mit „Juden raus“ und mit Hakenkreuzen beschmiert. Der Täter behauptete „die Juden sind selbst schuld an ihrem Schicksal“.<sup>33</sup>

\*

Im Juli 1966 kam es in Ballenstedt (Kreis Quedlinburg) zu anti-semitischen Ausschreitungen. Ungefähr 20 Jugendliche grölten Parolen wie „Juden raus“ und „Jude verrecke“. Es wurde der Hitler-Gruß gezeigt und einige trugen faschistische Orden. Beteiligt waren Studenten aus einem Institut für Lehrerbildung und Lehrlinge aus mehreren Betrieben.<sup>34</sup>

\*

An der POS Wingwitz (Kreis Freital) sangen Ende 1966 Schüler faschistische Lieder und reifen Parolen wie „Welcher Führer ist der Beste?“ und „Die Juden sind nichts wert“ und „Schmiert die Guillotine ein mit Judenfett“.<sup>35</sup>

\*

An der POS Bannewitz (Kreis Freital) äußerten sich zwei Schüler einer 10. Klasse, sie waren Mitglied der FDJ, anti-semitisch. Den DDR-Schauspieler Gerry Wolf bezeichneten sie als „Judengerry“ und „Judenschwein“. Auch sie sangen das Lied „Schmiert die Guillotine ein mit Judenfett“.<sup>36</sup>

\*

Im Dezember 1966 wurden einigen Schülern einer 10. Klasse, im Ortsteil Särka der Gemeinde Kotitz, der Zutritt zu einem Fest verwehrt. Daraufhin sangen sie das Lied „Schmiert die Guillotine ein mit Judenblut“.<sup>37</sup>

\*

In der Oberschule in Hochkirch (Bezirk Dresden) sangen Schüler ein Lied mit anti-semitischem Inhalt.<sup>38</sup>

---

<sup>32</sup> Timm, S. 422.

<sup>33</sup> Informationen über Feindtätigkeit und über besondere Vorkommnisse aus Informationen der Bezirksleitungen, Vertrauliche I/13 Verschußsache, FDJ Abtg. Org.-Instr., Berlin, den 26.02.1962, JA, IZJ, A 3.726.

<sup>34</sup> Aktennotiz der FDJ Arbeitsgruppe Gesellschaftliche Kontrolle, Berlin, 20.07.1966, JA, IZJ, E 4.127 und FDJ Abtg. Org.-Kader, Betr.: Ballenstedt, Berlin, den 25.07.1966, JA, IZJ, E 4.119; Mitteilungen über Besondere Vorkommnisse der FDJ Abtg. Schuljugend v. 08.11.1966 im Kreis Freital, POS Wurgwitz, JA, IZJ, E 4.126.

<sup>35</sup> Information über besondere Vorkommnisse, FDJ Abtg. Wohngebiete, Jugend und Staat, Vertraulich, Berlin, 11.11.1966, JA, IZJ E 4.126, S. 1-3.

<sup>36</sup> Information der FDJ BL Dresden an den ZR, FDJ Abtg. Information, Berlin, 14.12.1966, JA, IZJ E 4.126.

<sup>37</sup> Ebenda.

\*

Der Direktor der 17. Oberschule in Berlin-Lichtenberg im Ortsteil Biesdorf fand im November 1966 in der Mappe eines Schülers einer 10. Klasse schriftlich festgelegte Satzungen einer faschistoiden Gruppe, zu der noch drei weitere Schüler der Klasse gehörten. Durch diese Ermittlungen wurde eine andere Gruppe, zu der sechs Schüler gehörten, ausfindig gemacht, die sich „Bund Deutscher Jugend“ nannte und die einen nationalsozialistischen Staat errichten wollten. Diese Schüler waren der Klassenlehrerin aufgefallen, weil sie bei der Erörterung von politischen Tagesfragen ablehnende Haltungen über die DDR äußerten. Mitglied dieses Bundes konnten nur Arier sein, Juden oder anderen Nicht-Ariern wurde die Mitgliedschaft verboten. Symbole der Gruppe waren das germanische Runenkreuz und der Hitlergruß. Ihre Vorbilder waren die ehemaligen Führer des Nazi-Faschismus, mit deren Namen sie sich ansprachen. Interessant ist auch hier der familiäre Hintergrund, weil die Väter der meisten betroffenen männlichen Jugendlichen Offiziere der NVA und der DVP waren.<sup>39</sup>

\*

Untersuchungen der FDJ (Bezirk Dresden) ergaben 1966 in 32 Schulen von 12 Kreisen, dass rund 50 Schüler einzeln oder in Gruppen unmittelbar an „faschistischen Provokationen“ beteiligt gewesen waren. Es handelte sich um Schüler aus Dresden-Ost, Pirna, Freital und Görlitz, die mit faschistischen Losungen und Symbolen agierten. Schüler der EOS Reichenbach und der POS Wingwitz waren aufgefallen, weil sie jüngere Schüler mit faschistischen Methoden terrorisierten.<sup>40</sup>

\*

Im Ort Dömitz, Kreis Ludwigslust, wurde 1968 eine Gruppe mit zehn Jugendlichen aufgedeckt. Einer der Jugendlichen stellte sich als „SS-Sturmbannführer“ Hacker vor. Mehrere Väter oder Mütter waren Mitglieder der SED, Offiziere der DVP oder der NVA.<sup>41</sup>

\*

Auf die Synagoge und den Friedhof der Jüdischen Gemeinde Berlin (DDR) hatten Jugendliche Anfang Dezember 1971 drei Anschläge verübt. Zweimal hatten sie zahlreiche Grabsteine und Gräber auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee umgeschmissen und sie zerstörten in der

---

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Vertrauliche Dienstsache v. 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126 und Informationen über Besondere Vorkommnisse in Berlin, FDJ Abtg. Wohngebiete, Jugend und Staat, Vertraulich, Berlin, den 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126.

<sup>40</sup> Informationen über Besondere Vorkommnisse in Berlin, FDJ Abtg. Wohngebiete, Jugend und Staat, Vertraulich, Berlin, den 11.11.1966, JA, IZJ, E 4.126.

<sup>41</sup> Fakten und Tendenzen v. 27.09.1968, JA, IZJ, E.6152.

Synagoge in der Rykestraße wertvolle Fensterscheiben, Bänke, Gesangbücher und Mauerwerk.<sup>42</sup>

\*

Schändungen jüdischer Friedhöfe mit anti-semitischen Inhalten gab es 1973 in Dresden und in Bleicherode, 1974 in Zittau, 1975 in Potsdam und 1977 wieder in Dresden.<sup>43</sup>

\*

In Görlitz (Bezirk Dresden) kam es 1975, während einer Filmvorführung zu Sympathiebekundungen für bekannte nationalsozialistische Führer. Es wurde Beifall beklatscht für Dokumentarszenen mit A. Hitler, mit Panzerfahrzeuge der Wehrmacht und bei Folterungen sowjetischer Frauen. Die anwesenden Funktionäre und Pädagogen unternahmen nichts gegen dieses Verhalten ihrer Schüler.<sup>44</sup>

\*

In einer Analyse über „Besondere Vorkommnisse unter der Jugend“ (1974 - 1976) der FDJ (Bezirk Dresden), stellten Funktionäre fest, dass sich die Zahlen mit neo-faschistischen Ereignissen erhöht hatten.<sup>45</sup>

\*

An der Betriebsberufsschule des VE Baukombinates Dresden kam es Anfang 1976 in einer Klasse für Bauarbeiter des ersten Lehrjahres zu anti-semitischen Angriffen: Es wurde „Judenschwein“ oder „Juden raus“ gerufen.<sup>46</sup>

\*

In zwei Kreisen (Bezirk Dresden) hatten sich 1977 Jugendliche in Gruppen organisiert und es wurden faschistische Symbole getragen. Sie sahen ihre Vorbilder in der SS und der Wehrmacht, deren militärische Rangabzeichen sie übernommen hatten.<sup>47</sup>

\*

In einer 8. Klasse der 4. OS in Meissen wurden im April 1976 Texte mit anti-semitischen Inhalten gefunden.<sup>48</sup>

---

<sup>42</sup> *Die Welt* v. 23.12.1971; *Der Tagesspiegel* v. 24.12.1971; *Berliner Zeitung* v. 24.12.1971.

<sup>43</sup> SED-Information, NfD, Abteilung I des ZK der SED, Berlin, den 28.02.1973, IfGA ZPA, IV B 2/14/174; Mertens, S. 125-159.

<sup>44</sup> Informationen über Besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 01.10.1975 bis zum 30.11.1975, FDJ Abtg. Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, den 08.12.1975, JA, IZJ, A 9.636.

<sup>45</sup> Analyse der Besonderen Vorkommnisse unter der Jugend aus den Jahren 1974, 1975 und vom 1. Halbjahr 1976. Vertraulich. FDJ Abtg. Verbandsorgane, Berlin, den 04.08.1976, JA, IZJ, A. 9.246 und Persönliche Information - Juni 1977, FDJ BL Dresden, 07.07.1977, JA, IZJ, A.9.300.

<sup>46</sup> Informationen über Besondere Vorkommnisse unter der Jugend im Zeitraum vom 01.12.1975 bis 28.01.1976, FDJ Abt. Verbandsorgane, Vertraulich, Berlin, 11.02.1976, JA, IZJ, A 9.636.

<sup>47</sup> Analyse der Besonderen Vorkommnisse unter der Jugend aus den Jahren 1974, 1975 und vom 1. Halbjahr 1976. Vertraulich. FDJ Abtg. Verbandsorgane, Berlin, den 04.08.1976, JA, IZJ, A. 9.246 und Persönliche Information - Juni 1977, FDJ BL Dresden, 07.07.1977, JA, IZJ, A.9.300.

\*

Ende November 1977 gab es in Potsdam ungefähr 40 Fälle bei denen Jugendliche (Schüler und FDJ-Mitglieder) aus Polytechnischen Oberschulen den Hitlergruss zeigten und anti-semi-tische Texte hergestellt und verbreitet haben.<sup>49</sup>

\*

Ende 1977 erhielt der Vorsitzende des Freundschaftsrates der POS Marksuhl (Bezirk Erfurt) eine schriftliche Drohung mit folgendem Inhalt: „1945 haben Dich die alten Konti bei der Judenvergasung vergessen. Hast Glück gehabt, doch wir werden es nicht übersehen. Du bist doch die führende Kraft in der Pestalozzi-Unterschule. Adolf Hitler“.<sup>50</sup>

\*

Im März 1978 wurden Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin-Prenzlauer Berg mit Hakenkreuzen geschändet.<sup>51</sup>

\*

In der POS Hartha (Kreis Freital) äußerte sich ein Schüler einer 9. Klasse im April 1981 wie folgt: „Die restlichen Juden muss man auch umbringen“.<sup>52</sup>

\*

In der Goethe-Oberschule in Großenhain (Bezirk Dresden) hatte ein Schüler einer 9. Klasse ein Bild in einem Buch so verändert, dass es Hitler ähnlich sah. Dazu schrieb er: „Natürlich, mein Judenschwein, morgen gibt es Gas- und Stromstahl. Wenn du willst, kannst Du auch durch Säurebecken schwimmen“.<sup>53</sup>

\*

1982, bei einem Aufenthalt einer FDJ-Reisegruppe in Bulgarien, erklärten zwei mitreisende Jugendliche, sie würden in der DDR wegen ihrer jüdischen Herkunft ungerecht behandelt.<sup>54</sup>

\*

Die Jüdische Gemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg erhielt 1983 Drohanrufe bei denen „Judas verrecke“ und „Juden raus“ geäußert wurde. Es kam auch eine schriftliche Bombendrohung die mit „Deutschland erwache“ überschrieben war. Der Brief war adressiert „An die Juden-

---

<sup>48</sup> Informationen über besondere Vorkommnisse unter der Jugend vom 05.05.1976 bis zum 30.06.1976, Vertraulich, FDJ Abtg. Verbandsorgane, Berlin, 13.07.1976, JA, IZJ, A.9.246.

<sup>49</sup> Informationen der FDJ BL Potsdam, JA, IZJ, A.9.308.

<sup>50</sup> Monatliche Persönliche Information der FDJ BL Erfurt an den Zentralrat der FDJ, Genosse Egon Krenz, Erfurt, den 09.01.1978, JA, IZJ, A 9.621.

<sup>51</sup> Galinski, 1978. Galinski nimmt Stellung zum latenten Anti-Semitismus und zu rassistischen Angriffen in der DDR. Er verbindet diesen Anti-Semitismus und Rassismus mit der anti-zionistischen Außenpolitik der SED, danach trage sie nicht dazu bei den Anti-Semitismus in der DDR einzudämmen.

<sup>52</sup> Informationen über ein Besonderes Vorkommnis, FDJ BL Dresden, 24.06.1981, JA, IZJ, A 10.823.

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> Information über Besondere Vorkommnisse III. Quartal 1982, Direktion *Jugendtourist*, Berlin, 13.10.1982, JA, IZJ, A 10.632 und Information/BV der Direktion *Jugendtourist*, Berlin, 29.09.1982, JA, IZJ, A 10.632.

schweine“ und im Text wurde „die Liquidierung und Ausrottung aller Juden“ sowie die „Befreiung Deutschlands“ von allen Ausländern angedroht. Der Brief war unterschrieben mit „Heil Deutschland“ und „Judas verrecke“.<sup>55</sup>

\*

In Berlin (Ost) trafen sich am 17. Oktober 1987 bereits am Nachmittag ungefähr 80 bis 100 Neo-Faschisten in einer Gaststätte. 30 von ihnen, darunter Skinheads, machten sich auf den Weg um die Besucher des Rockkonzertes in der Zionskirche zu überfallen. Unterwegs wurde ein Mädchen brutal zu Boden gestoßen und ein Jugendlicher wurde verprügelt. Mit Sprüchen wie „Deutschland, Sieg Heil“ oder „Judenschweine“ stürmten die Neo-Faschisten die Zionskirche. Unter den angreifenden Neo-Nazis befand sich ein Jugendlicher, dessen Vater als Major für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) u.a. für die Bekämpfung der Neo-Nazis zuständig war. Dieser Neo-Nazi war nach dem Fall der Berliner Mauer Mitglied der Nationalen Alternative (NA) und organisierte ein neo-faschistisches Zentrum in der Weitlingstraße in Berlin.<sup>56</sup>

\*

Im Zeitraum von Januar bis März 1988 schändeten 5 Jugendliche über 200 Grabmale auf dem Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin (DDR).<sup>57</sup>

\*

Im Jahr 1988 wurden in Ober- und Berufsschulen sowie in Lehrwerkstätten an Tafeln, Wandzeitungen, am Mobiliar, in Büchern und an Arbeitskleidern von Lehrlingen faschistische und anti-semitische Symbole und Parolen gefunden. Es gab schriftliche und mündliche Losungen wie „die Mauer muss weg“ und „Auschwitz muss her“.<sup>58</sup>

\*

Jüdische Friedhöfe wurden 1988 in Potsdam, Mühlhausen und in Berlin (DDR) geschändet.<sup>59</sup>

\*

Ende Dezember 1988 wurde die Volkspolizei-Inspektion Berlin-Weißensee informiert, dass auf dem Friedhof der Adass-Jisroel-Gemeinde sieben Grabsteine umgestoßen wurden.<sup>60</sup>

\*

---

<sup>55</sup> Der Generalstaatsanwalt der DDR, Der Stellvertreter an das ZK der SED, Leiter der AG Kirchenfragen, Genossen Bellmann, Berlin, den 01.06.1983, Anlage, IfGA, ZPA, IV B 2/14/56.

<sup>56</sup> *Junge Welt* v. 04.12.1987 und v. 12./13.12.1987.

<sup>57</sup> *Neues Deutschland* v. 28.06.1988; *Junge Welt* v. 28.06.1988 und 07.07.1988; *Neue Zeit* v. 07.07.1988.

<sup>58</sup> Vorlage zur 122. Sitzung des Sekretariats von der FDJ Abtg. Staat und Recht, Berlin, den 10.06.1988, JA, IZJ, A 11.462.

<sup>59</sup> Timm, S. 310.

<sup>60</sup> Der Generalstaatsanwalt der DDR, Entscheidung zu, durch Dr. Mario Offenbergl (Berlin-West) bzw. in seinem Auftrag erstattete Anzeigen, 1989, IfGA, ZPA, IV B 2/14/180.

Im Oktober 1989 wurde dieser Friedhof erneut geschändet. Die Friedhofsmauer war mit faschistischen Parolen versehen und auf dem Gelände des Friedhofes lag ein mit Maden durchsetztes Stück Schweinefleisch.<sup>61</sup>

\*

Das MfS und die DVP leiteten vom Oktober 1987 bis zum Januar 1988, 40 Ermittlungsverfahren gegen über Hundert Neofaschisten ein. 94 von ihnen wurden inhaftiert. Offiziell wurden im Jahr 1987 über 800 Neo-Nazis in der DDR registriert. Im Jahr 1989 waren in allen Bezirken Skinheads beobachtet worden, wobei es in Berlin (Ost) und in Potsdam regionale Schwerpunkt gab. Insgesamt wurden über 1000 Skinheads in ungefähr 40 Gruppen republikweit gezählt.

### **Beispiele für staatlichen Anti-Semitismus**

Noch im Februar 1949 hatte sich das Politbüro mit den in Berlin und in der Partei grassierenden anti-semitischen Stimmungen beschäftigt. Im November desselben Jahres jedoch, begannen bereits die „Säuberungsaktionen der Zentralen Parteikontrollkommission“. In Sachsen wurde in den Akten nach „jüdischer und jüdisch-bürgerlicher Herkunft“ unterschieden, obwohl offiziell (von Mielke) nach „kleinbürgerlichen Feiglingen“ gefahndet wurde. Von diesen Säuberungen waren leitende kommunistische und jüdische Journalisten und Funktionäre der elektronischen Medien sowie der Printmedien betroffen (Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Lex Ende, Wolfgang Langhoff, Leo Zuckermann u.v.a.m.<sup>62</sup> In der Regel waren ehemalige Emigranten betroffen, die aus dem Westen in die SBZ/DDR zurückgekehrt waren. Im Januar 1952 hatte die sowjetische Besatzungsmacht die Parteiführung der SED aufgefordert alle Juden in einer speziellen Kartei zu registrieren. Im Juli 1952 wurde das gesamte jüdische Eigentum aufgehoben und in Volkseigentum überführt.<sup>63</sup> Im Zusammenhang mit dem anti-semitisch geführten Slansky-Prozess in Prag Anfang 1953, flüchteten über 400 ost-deutsche Juden vor der staatlichen Repression in den Westen.<sup>64</sup> 1948 wurde Erich Nehlhans, erster Präsident der Jüdischen Gemeinde Berlin, vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet und, wegen angeblicher Begünstigung sowjetischer Deserteure jüdischer Herkunft, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.<sup>65</sup> Bei einem Treffen Anfang 1973 zwischen Funktionären der SED und Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden in der DDR ging es u.a. um das Thema Zionismus, und alle anwesenden jüdischen Repräsentanten vertraten, mehr oder weniger, moderate Positionen

---

<sup>61</sup> *Der Tagesspiegel* v. 02.11.1989.

<sup>62</sup> Timm, S. 113.

<sup>63</sup> Groehler, S. 14.

<sup>64</sup> Mertens, 1993, S. 91ff; *Die Neue Zeitung* v. 18.01.1954; *Die Welt* v. 19.01.1953.

<sup>65</sup> Groehler, S. 5 - 31.

zur Politik des israelischen Staates. Nur Karin Mylius, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Halle, nahm eine „eindeutige Verurteilung der israelischen Aggression“ vor und sie regte an, solche Konflikte mit Hilfe des „Marxismus-Leninismus“ zu lösen. Deshalb sollten alle jüdischen Gemeinden den „Marxismus-Leninismus“ propagieren. Diese Ansicht wurde jedoch von keinem der anderen Vorsitzenden geteilt.<sup>66</sup>

Im August 1975 wurde auf Staatssekretariatsbene erneut über die Situation und die Zukunft der jüdischen Gemeinden beraten und es wurde beschlossen, dass aus „politischen und vor allem außenpolitischen Erwägungen (...) alle 8 Gemeinden“ bestehen bleiben sollten.<sup>67</sup> Weil einige Vorsitzende der jüdischen Gemeinden wegen Alters und Krankheit zurücktreten mussten, wurden im SED-Apparat Überlegungen angestellt, wie, d. h. mit wem, diese frei werdenden Posten neu besetzt werden könnten. Es wurde dabei auch die Frage erörtert, ob der Sitz des Verbandes weiterhin in Dresden bleiben sollte. In „Übereinstimmung“ mit der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK sollte untersucht werden, ob geeignete jüdische SED-Mitglieder, sie sollten auch Mitglied einer jüdischen Gemeinde sein, als neue Vorsitzende zu gewinnen wären. Weil an diese, für die Parteifunktionäre primär als politische Ämter verstandenen Posten internationale Beziehungen gebunden waren, sollte der neue Vorsitzende des Verbandes auf jeden Fall ein „Genosse“ sein. Zur Realisierung dieses Vorhabens sollten eine politische „Linienführung und die Kaderauswahl für eine mittel- bzw. langfristige Konzeption“ erarbeitet werden. Zusätzlich legitimiert wurde diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden mit der Begründung, der Staat stelle „jährlich erhebliche finanzielle Mittel“ zur Verfügung für die Begleichung von Verwaltungskosten, Veranstaltungen sowie für die Pflege und Erhaltung der jüdischen Friedhöfe. Außerdem, so die paternalistische Rhetorik, werde der Synagoralchor in Leipzig finanziell unterstützt, obwohl der überwiegende Teil der Sänger keine Juden seien bzw. keine jüdische Herkunft hätten. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur sollte dem Verband der jüdischen Gemeinden sein Weiterbestehen auch deshalb garantiert werden, weil die Pflege des so genannten jüdischen Kulturguts auch ein bedeutendes Gewicht darstelle für die Interessen der Außenpolitik der DDR.<sup>68</sup>

Auf Staatssekretariatsbene wurde 1975 erörtert, ob und wie zwei Vertreter der Juden in der DDR, Aris und Kirchner wurden genannt, zum Kongress der europäischen Juden nach London reisen sollten. Die zuständigen Bearbeiter beim Staatssekretär für Kirchenfragen hatten

---

<sup>66</sup> FDJ-Umlaufvorlage an das Sekretariat Nr. 13/16/88, Berlin, 25.02.1988, JA, IZJ, A 11.439, S. 8.

<sup>67</sup> Informationen zur Vorlage an die Dienstbesprechung: Zu einigen Fragen der Situation, Struktur, usw. in den jüdischen Gemeinden der DDR, Abteilung I des Staatssekretariats für Kirchenfragen, Berlin, 19.08.1975, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174, S. 2.

<sup>68</sup> Ebd., S. 3-5.

erwogen, beide reisen zu lassen, jedoch mit der Auflage, sich weder als Delegierte noch als Beobachter nominieren zu lassen. Dazu wurde telefonisch mit dem sowjetischen Funktionär V. Titow, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der Sowjetunion, die Situation beraten. Titow hatte sich dazu positiv geäußert, da er hoffte dadurch Informationen zu erhalten; und da das SED-Mitglied Aris beteiligt sein sollte, hatte er nur mäßige Bedenken gegen eine Reisegenehmigung.<sup>69</sup>

Anfang 1976 sprachen die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen über „Eckpunkte sozialistischer Außenpolitik“; dabei wurden besonders das Verhältnis von Juden und jüdischen Organisationen zur DDR einerseits und zum Staat Israel andererseits thematisiert. Die Bereitschaft der SED-Funktionäre zu einem solchen Gespräch basierte eben nicht auf einem öffentlichen, gesellschaftlichen Einfluss der jüdischen Gemeinden, sondern ergab sich für die SED-Funktionäre aus ihrer gemeinsamen Leidenszeit während der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Holocaust. Die daraus resultierende erneute „jüdische Frage“ nach 1945 sei nur deshalb entstanden, weil angeblich imperialistische Kreise im Westen die Diskriminierung der Juden in den „realsozialistischen“ Staaten für ihre Zwecke „missbrauchten“.<sup>70</sup> In der DDR hingegen würden Juden, wenn schon nicht als „Opfer des Faschismus“, so doch wenigstens als „Verfolgte des Nationalsozialismus“ anerkannt und einige Juden seien sogar Mitglieder der SED und empfänden die DDR als „ihren Staat“.

Gollomb, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig (1967 - 1988) und ehemaliger Auschwitzhäftling verteidigte das Recht der Juden im Allgemeinen und des Jüdischen Weltkongresses im Besonderen, immer und überall gegen jeglichen Anti-Semitismus aufzutreten. Für ihn war es kein Geheimnis, dass es auch in den RGW-Staaten Anti-Semitismus gab.<sup>71</sup> Nachdem weitere Debatten um die Einschätzung Israels und seiner Politik geführt worden waren, stellte Gollomb die rhetorische Frage, weshalb es jedem ehemaligen Nationalsozialisten ermöglicht werde, als Rentner in die BRD zu fahren. Er, ehemaliger Partisan und Kämpfer gegen den Faschismus, erhalte keine Erlaubnis seinen einzigen noch lebenden Bruder in Israel zu besuchen. Schließlich war er der Ansicht, dass auch bestimmte Ost-Deutsche als Touristen nach Ägypten fahren würden; ihm selbst war vom Auschwitz-Komitee eine solche Reise angeboten worden.<sup>72</sup> Danach folgte ein politisches Streitgespräch über den „Zionismus“, bei dem besonders die Wirkungen auf die Sowjetunion thematisiert wurden. Für die Parteifunktionäre wurde aus diesen Gesprächen mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinden

---

<sup>69</sup> Aktennotiz der AG Kirchenfragen v. 30.10.1975, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174.

<sup>70</sup> Vorlage für die Dienstbesprechung, Information zur Situation der Jüdischen Gemeinden in der DDR, NfD, Abtg. I, Berlin, 02.06.1976, IfGA, ZPA, IV B 2/14/174, S. 1-2.

<sup>71</sup> Ebd., S. 2.

<sup>72</sup> Ebd., S. 4.

sichtbar, dass diese ihre vermeintlich widersprüchlichen Argumente und Meinungen über den Zionismus ausschließlich auf emotionaler Basis aufbauten und deswegen unwissenschaftlichen Prinzipien vertraten. Ihre emotionale Priorität hindere die jüdischen Leitungsvertreter daran, ihre Tätigkeit mit einer eindeutigen politischen Konzeption zu begründen! Der widerständige Gollomb wurde einer groben Kritik unterzogen, weil er durch seine erheblichen „zionistischen Tendenzen“ die Situation immer wieder belaste. Als besonders unangenehm wurde registriert, dass er auch in Gesprächen mit Ausländern klar und deutlich seine Meinung vertrat.

Die Vereinigung der Jüdischen Gemeinden in der DDR erhielt 1980 eine Einladung zur Siebten Vollversammlung des Jewish World Congress (JWC), der im Januar 1981 in Jerusalem abgehalten werden sollte. Daraufhin fragte Aris, Vorsitzender der Vereinigung der Jüdischen Gemeinden in der DDR, bei R. Bellmann, Staatssekretär für Kirchenfragen, an, ob die Beteiligung einer Delegation aus der DDR für opportun gehalten werde. Bellmann teilte daraufhin der SED-Abteilung Internationale Verbindungen mit, dass eine Teilnahme einer DDR-Beobachtungsdelegation am Tagungsort Jerusalem aus politischen Gründen nicht möglich sei.

Der stellvertretende Abteilungsleiter war ebenfalls der Ansicht, eine Teilnahme von jüdischen Vertretern aus der DDR in Jerusalem sei nicht möglich, weil der Aufenthalt von ost-deutschen Juden in Jerusalem einer Unterstützung der „israelischen Okkupationspolitik“ gleich kommen würde. Auch nicht durch die bloße Anwesenheit dürfe der israelischen Politik „Vorschub“ geleistet werden. Schließlich stimmte auch Klaus Gysi, neuer Staatssekretär für Kirchenfragen, diesem Verbot zu, und die ost-deutsche Delegation fuhr nicht nach Jerusalem.

Der SED war es gelungen, die letzten noch verbliebenen Juden zu instrumentalisieren. Versuche ihnen ihre Würde zu nehmen scheiterten auch an tapferen Männern, wie Gollomb einer gewesen war.

### **Beispiele für staatlichen Anti-Zionismus**

Besonders seit der militärischen Invasion der CSSR durch Truppen des Warschauer Vertrages, mit der besonderen, auch militärischen Unterstützung durch die staatlichen Autoritäten in der DDR und seit dem „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 hatte die SED eine anti-zionistische Propaganda entwickelt, in die schon von Anfang an eine Gleichsetzung Israels mit den Nazi-Faschisten vorgenommen wurde.<sup>73</sup> Diese Ereignisse waren die Voraussetzung dafür, dass die anti-zionistische Propaganda gegen das „imperialistische Israel als aggressiver Juniorpartner des Imperialismus“ nach außen und als Anti-Semitismus gegen die Juden im Land selbst, ent-

---

<sup>73</sup> Timm, S. 209.

facht werden konnte. Diese Entwicklung eskalierte in Vereinbarungen mit Ägypten oder Syrien über die Lieferung von Flugzeugen und militärischer Ausrüstung durch die DDR. Als braves Pendant der Politik der Sowjet-Union, hat die Führung der DDR mit ihrer Außenpolitik einen öffentlichen Raum geschaffen, in den, die in der ostdeutschen Gesellschaft virulenten anti-semitischen Vorurteile, einfließen konnten. Für Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED, waren die in den Zeitungen der DDR veröffentlichten Berichte über den Krieg im Nahen Osten zu wenig zugespitzt und er forderte deshalb in einem internen Schreiben an Werner Lamberz, Leiter der Agitationsabteilung im SED-Zentralkomitee, dass die israelischen Militäroperationen in der Öffentlichkeit der DDR so dargestellt werden, das der Vergleich mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjet-Union nahe liegen sollte.<sup>74</sup> Zu Beginn der 1970er Jahre wurden Meinungen festgehalten, bei denen über angebliche Reparationsverpflichtungen gegenüber Israel spekuliert wurde. Sibyllinisch wurde auf bestimmte Länder angespielt, die anscheinend nur deshalb die DDR diplomatisch anerkannt hätten, weil sie sich damit ebenfalls Wiedergutmachungsleistungen erhofften.<sup>75</sup> Im Hinblick auf die politische Situation im Nahen Osten, mussten Funktionäre Meinungen von Bürgern der DDR feststellen, die sich auf die „Judenfrage“ insgesamt bezogen und bei denen Funktionäre feststellen mussten, dass wichtige Probleme des Klassenhintergrundes nicht erkannt wurden.<sup>76</sup> Es muss hier unterstellt werden, dass mit dem vagen Begriff von der „Judenfrage“ anti-semitische Stereotypen verknüpft waren, da bei der Benennung der Ursachen der Probleme im Nahen Osten oft „Rassenprobleme und die unterschiedlichen Religionen“ genannt wurden.<sup>77</sup> Die SED musste also konstatierten, dass nicht alle sich gleichermaßen eindeutig mit den arabischen Staaten solidarisch erklärten. Als Einwand wurde das „kleine Israel“ genannt, das sich gegen die arabische Übermacht wehren müsse. Die Bevölkerung bemerkte die widersprüchlichen Argumente der DDR-Führung und es wurde gefragt, warum sind „wir gegen Israel, wo wir doch sonst an jeder Stelle gegen Judenverfolgung auftreten?“. Solche Fragen in der ost-deutschen Bevölkerung wurden auf das Wirken der „gegnerischen Propaganda“ aus dem Westen zurückgeführt, was einem üblichen Stereotyp entsprach, wenn es galt unangenehme Vorgänge dem Feindbild „Westen“ zu zuordnen.<sup>78</sup> Bezüglich der UNO-Resolution vom Jahr 1975 über die Konflikte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden Aussagen zitiert, bei der die israelische Politik ebenfalls mit der Politik der Nationalsozialisten verglichen wurde. Nach dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon wurde ein

---

<sup>74</sup> Timm, S. 219.

<sup>75</sup> Zu einigen Fragen der Führungstätigkeit im Monat Februar, FDJ BL Gera, 07.03.1973, JA, IZJ, A 9.140.

<sup>76</sup> Persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 06.11.1973, JA, IZJ, A 9.147.

<sup>77</sup> Monatliche Persönliche Information, FDJ BL Erfurt, 06.11.1973, JA, IZJ, A 9.147.

<sup>78</sup> Monatseinschätzung, FDJ BL Berlin - Träger des Ordens: Banner der Arbeit, Berlin, 19.11.1973.

Lehrling des Baukombinats Altmark in Stendal zitiert, der die Meinung äußerte, dass die „mensen-feindliche und auf Ausrottung des palästinensischen Volkes zielende Politik Israels von allen friedliebenden Menschen auf das Schärfste zu verurteilen“ sei. Was dort geschehe, würde alle angehen und man könne nicht tatenlos zusehen „wie der israelische Aggressor brutal und nach der Taktik der verbrannten Erde in den Libanon“ einzieht.<sup>79</sup> In Diskussionen wurden 1982 die „faschistische Aggression Israels gegen das palästinensische und libanesisches Volk“ und das Vorgehen der „faschistischen Begin-Clique“ und deren Unterstützung durch die USA verurteilt.<sup>80</sup> Auch in Cottbus wurde die „barbarische Aggression Israels und die Unterstützung durch die USA“ verurteilt.<sup>81</sup> Mit Protestresolutionen und Spenden wurde für die Palästinenser Partei ergriffen, und die „Aufnahme verwundeter Patrioten“ aus Palästina wurde ebenso begrüßt, wie Ferienaufenthalte libanesischer oder palästinensischer Kinder und Jugendlicher in Ferien- oder Erholungslager.<sup>82</sup> Der Krieg im Libanon wurde als „verbrecherischer Krieg“ Israels eingestuft, und auch hier herrschte wieder Unverständnis darüber, wieso „Juden überhaupt so grausam handeln können, wo diese doch selbst einmal fast ausgerottet“ worden sind.<sup>83</sup>

Die Verbindungen der obersten politischen Führung der SED mit Yasser Arafat und den weiteren Vertretern der PLO bestanden seit den 60er Jahren und sie wurden kontinuierlich von Erich Honecker ab den 1970er Jahren ausgebaut. Es wurden Vereinbarungen getroffen, die u.a. umfangreiche Waffenlieferungen zum Inhalt hatten.<sup>84</sup> Es ist offensichtlich, dass die Führung der SED den Konflikt im Libanon dafür nutzen wollte, Ost-Deutsche durch die Bewertung ihrer Politik im Nahen Osten an sich zu binden, denn die „breite Empörung über das grausame Massaker in Westbeirut, die unsere Freunde erfasste“, sollte jetzt noch stärker in „Hass gegen das imperialistische System münden“. Dazu sollte der Zusammenhang zwischen den Merkmalen des Imperialismus, seiner aktuellen Politik und der von ihm begangenen „Grausamkeiten“ anhand des israelischen Einmarschs in den Libanon erklärt werden. Jetzt kam die Direktive von A. Norden aus dem Jahre 1973 wieder zur Geltung, in der er die Gleichsetzung der faschistischen Militäroperation der Nazi-Wehrmacht mit den Aktivitäten des israelischen Militärs für Presse und Medien der DDR angeordnet hatte. Es ist eindeutig, dass diese Stimmungsmache den offenen und den latenten Anti-Semitismus in der ost-deutschen Bevölkerung angefacht hat.

---

<sup>79</sup> Persönliche Information, NfD, FDJ BL Magdeburg, 31.03.1978, JA, IZJ, A 9.627.

<sup>80</sup> Berichte zur Führungstätigkeit der FDJ BL Berlin, 05.08.1982, JA, IZJ, A 10.587.

<sup>81</sup> Bericht, FDJ BL Cottbus, 07.09.1982, JA, IZJ, A 10.588.

<sup>82</sup> Persönliche Information, FDJ BL Neubrandenburg, 07.09.1982, JA, IZJ, A 10.597.

<sup>83</sup> Persönliche Information für den Monat August 1982, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 10591.

<sup>84</sup> Timm, S. 279.

Im Jahr 1988 setzten immer noch viele Ostdeutsche, die angeblich von der israelischen Armee im Libanon „begangenen Verbrechen“ gleich, mit denen der faschistischen Wehrmacht. Häufig wurde gefragt, ob die „Juden im II. Weltkrieg nicht selbst genug gelitten und daraus Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln“ gezogen hätten.<sup>85</sup> Mit den Gedenktagen zur 50. Wiederkehr der Pogromnacht 1988 ebte die offizielle widersprüchliche antiisraelische Außenpolitik ab und in den Beschreibungen des Nahost-Konflikts wurden die Begriffe insofern ausgetauscht, als nun nur noch allgemein von „Terror“ gesprochen wurde. Der Konflikt im Nahen Osten war jedoch weiterhin ein gewichtiger Teil der Auseinandersetzungen, und der Schwerpunkt der Äußerungen galt nun eben dem „Terror der israelischen Okkupationstruppen gegen die Bevölkerung in den besetzten palästinensisch-arabischen Gebieten“.<sup>86</sup> Es ist offensichtlich, dass die DDR bis 1988 Versuche unternommen hat, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel und Palästina zu ihren Gunsten auszunutzen. Gleichzeitig sollte die Erinnerung an die Vergangenheit insofern entsorgt werden, als der Versuch unternommen wurde, die Israelis und die Juden insgesamt in neue NS-Verbrecher zu verwandeln. Dieser anti-semi-tische Stereotyp erscheint bis in die heutigen Tage und war letztlich der Auslöser für die Affäre um Karsli/Möllemann. Bei diesen desavouierenden Gleichsetzungen von Überlebenden des Holocaust mit den nationalsozialistischen Verbrechern, handelte es sich um den Versuch, auch der Linken in West- als eben auch in Ost-Deutschland zugleich, sich selbst nachträglich politisch und moralisch von den Auswirkungen der jüngsten deutschen Geschichte zu „entlasten“, durch eine Politik der Relativierung, die überall und in allem den Vergleich mit Hitler bzw. den NS-Massenmorden sucht und findet.

Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Westdeutschland, wurde 1988 von Honecker zu einem eineinhalbstündigen Gespräch empfangen, bei dem unter anderem über den Ablauf der Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 gesprochen wurde. Die Führung der DDR erklärte nun zum ersten Mal in ihrer Geschichte, sie sei für eine Wiedergutmachung „gegenüber jüdischen Bürgern“ bereit und wolle außerdem humanitäre Hilfe leisten für „notleidende jüdische Opfer in anderen Ländern“.<sup>87</sup> Dieser Ansatz symbolisiert eine Abkehr von den bisherigen Positionen gegenüber Juden und Israelis. Doch trotz dieser neuen offiziellen politischen Bewertung wurden die traditionell positiv gestalteten Beziehungen zwischen der DDR und den arabischen Staaten fortgesetzt. So wurde noch 1988 ein Programm für Jugendaustausch mit Jugendorganisationen aus arabischen Ländern vereinbart. Die FDJ hatte Kontakte mit dem tunesischen Jugendverband JSD

---

<sup>85</sup> FDJ-Umlaufvorlage an das Sekretariat Nr. 20/16/88, Berlin, 18.04.1988, JA, IZJ, A 11.452.

<sup>86</sup> FDJ-Umlaufvorlage an das Sekretariat Nr. 13/16/88, Berlin, 25.02.1988, JA, IZJ, A11.439.

<sup>87</sup> *junge welt* v. 09.06.1988.

und mit der Jugendorganisation UNJA aus Algerien aufgenommen. Mit JSD wurde der Austausch von Delegationen vereinbart, und Nachwuchspolitiker aus Tunesien sollten an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ ausgebildet werden. Mit der GUPS, dem Allgemeinen Verband Palästinensischer Studenten, wurde zusätzlich vereinbart, GUPS-Kader in der DDR medizinisch zu versorgen. Die Delegation der FDJ wurde bei ihrem Besuch von Yasser Arafat empfangen, der den jungen Funktionären auftrug, Honecker die herzlichsten Grüße zu übermitteln.<sup>88</sup>

### **Zu den Ursachen des Anti-Semitismus in der DDR**

Wurde noch unter Ulbrichts Führung an der Politik der Wiedervereinigung festgehalten, so setzte unter Honecker eine deutliche Verschiebung der politischen und ideologischen Grundaussagen ein. Die Schwerpunkte lagen nun bei einer Propaganda für die „sozialistische Nation in den Farben der DDR“. Nun sollten Nation, Heimat und Vaterland geliebt, geachtet und verteidigt werden. Die nationalistische Propaganda der Partei- und Staatsführung wurde in den Krisenjahren der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verstärkt eingesetzt, um der auseinanderdriftenden ost-deutschen Gesellschaft sozusagen von Innen Halt zu geben. Doch muss gesagt werden, dass es in der deutschen Arbeiterbewegung mindestens seit 1914 immer solche nationalistischen Orientierungen gegeben hat. Aus historischer Sicht betrachtet, müssen diese als integrale Bestandteile von Theorie und Praxis der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angesehen werden, die es zu überwinden gilt.<sup>89</sup> Die Notwendigkeit der Konstitution einer Nation DDR wurde mit den „egoistischen Klasseninteressen“ der Herrschenden in der BRD begründet, die letztlich nach 1945 die Spaltung Deutschlands verursacht und somit eine einheitliche deutsche Nation verhindert hätten. Die nationalen Interessen Gesamtdeutschlands seien durch eine „Politik des nationalen Verrats“ aufgegeben worden und die Auflösung des einheitlichen deutschen Staates sei von den Kommunisten nicht mehr zu verhindern gewesen. Demgegenüber sollten die wahren Interessen der gesamten deutschen Nation in der DDR beheimatet und gepflegt werden. Deshalb, so die SED auf ihrem VIII. Parteitag 1971, sei die deutsche Frage bereits entschieden und es gebe keine „offene deutsche Frage“ mehr. Ziel der DDR sei es nun, alle Klassen und Schichten zu einer „nationalen Gemeinschaft“ zusammenzuschließen, wie es A. Kosing, der Chef-Ideologe für nationale Fragen vorgegeben hatte. Der Bevölkerung wurden diese besonderen Vorstellungen einer (ost-)deutschen Volksgemeinschaft in allen Varianten und auf allen öffentlichen Ebenen gefühlsmäßig entgegengehalten. Die umfassende Mobilisierung zur Verteidigung der „humanen und sozialen Errun-

---

<sup>88</sup> Information des ZR der FDJ v. 16.02.1988, JA, IZJ, A 11.435, S. 1-9.

<sup>89</sup> Vgl. Kratz, S. 89-118.

genschaften der Nation“ sollte bereits für Kinder ab dem Kindergartenalter bis hin zu Absolventen der Ober- und Hochschulen erfassen. Der Autor solcher und ähnlicher Thesen war auch hier A. Kosing. Als Leiter eines Forschungsbereiches am Institut für marxistisch-leninistische Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, war er auch zuständig für die Klärung von Fragen, die sich mit dem Begriff „Nation“ auseinandersetzten. In einem Interview mit der *Jungen Welt* am 12.04.1988, erklärte er die offiziell gültigen Differenzierungen zur „Nation DDR“, im Gegensatz zur „Nation BRD“.<sup>90</sup> Helmut Meyer, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ein weiterer ideologischer Regulator, wurde am 22.12.1988 zum Thema „Vaterland“ und seiner Bedeutung für die DDR befragt. Seine Erklärungen in der Tageszeitung *Junge Welt*, waren ein weiterer Versuch, den gesellschaftlichen Erosionsprozess mittels nationalistischer Propaganda zu stoppen. Dieser Mobilisierungsdruck wurde im Wesentlichen von der FDJ und der Pionierorganisation sowie der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) entfaltet. Einerseits sollte dadurch die Erziehung zur „Liebe für die Heimat“ praktiziert werden und andererseits wurde von den Jugendlichen eine militaristische Ausrichtung verlangt, die sie zur Verteidigung der DDR und zum „Hass auf die imperialistischen Feinde“ erziehen sollte. Dieser ideologische Zangengriff auf das Bewusstsein mehrerer Generationen bleibt bis in die Gegenwart nicht ohne Folgen.<sup>91</sup> Und obwohl es gegen diese Positionierung immer wieder kritische Stimmen gab, ist die Orientierung auf nationalistische und militaristische Ziele nicht ohne Konsequenzen geblieben. Die Anfang 1979 durchgeführten FDJ-Versammlungen zum Thema: „Die DDR - mein sozialistisches Vaterland“ stellten für Funktionäre eine problematische Herausforderung dar. Von vornherein wurde angenommen, dass die ideologischen Befindlichkeiten zum Begriff „Vaterland“ problematisch besetzt seien und es daher zu so genannten schwierigen Auseinandersetzungen mit der „bürgerlichen Ideologie“ kommen könnte.<sup>92</sup> Zu Beginn des Jahres 1984 entwickelte die FDJ-Führung eine neue Variante der politischen Indoktrination „ihrer“ Jugend; ab sofort stand die Verbandsarbeit nun unter dem Motto „die Liebe und Treue jedes Jugendlichen zu seinem Vaterland zu festigen“. Diese vaterländischen Parolen lösten die militärischen Losungen ab, wie z.B. „Der Frieden muss verteidigt werden – der Frieden muss be-

---

<sup>90</sup> Alfred Kosing, Argumentation zur persönlichen Verwendung, Sozialistische Gesellschaft und Nation in der DDR, o.J., JA, IZJ, A 11.625, S. 1-10.

<sup>91</sup> Persönliche Information Monat Februar 1978, FDJ BL Frankfurt/Oder, JA, IZJ, A 9.622, S. 4.

<sup>92</sup> Schwerpunkte und Probleme aus der Persönlichen Information der Ersten Sekretäre der FDJ BL an den Ersten Sekretär des ZR der FDJ über den Monat März 1979, FDJ-Abtg. Verbandsorgane, Persönlich - Vertraulich, Berlin, 18.04.1979, JA, IZJ, A 9.634, S. 4.

waffnet sein“.<sup>93</sup> So bewegte sich die politische Führung in Berlin (DDR) auf einem Weg der nationalen Orientierung bis hin zur „rückhaltlosen Liebe“ für Heimat und Vaterland. Die positiv gesetzte emotionalisierende Ansprache sollte die abdriftende Jugend enger an die DDR binden und abseits stehende Jugendliche wieder „zurückholen“. Die bisherige Herangehensweise wurde als zu defensiv kritisiert - zur Bewältigung der „negativen“ Kräfte seien aber nun offensive und lebendige Diskussionen nötig. Jugendliche wurden befragt: „Warum bist du stolz auf deine Heimat? Was gefällt Dir an deiner Heimat?“. Die Ergebnisse dieser Gespräche zeigten den Funktionären dann erwartungsgemäß, dass Jugendliche einen gewissen Stolz auf das „sozialistische Vaterland“ und dessen Errungenschaften im „harten Klassenkampf“ zeigen, und sie würden sich dazu bekennen, die Errungenschaften des „realexistierenden Sozialismus“ militärisch zu verteidigen.<sup>94</sup>

Die FDJ-Pionierorganisation organisierte 1983 das Ferienspiel „Meine Heimat DDR“. Damit sollten Kinder und Jugendliche „ihr sozialistisches Vaterland“ besser kennen lernen. Die Parteifunktionäre erhofften sich dadurch eine politische Stärkung und Sicherung der Bindungen der Bevölkerung der DDR an den Staat. Die politische Indoktrination sollte der Herausbildung „grundlegender Überzeugungen“ dienen und sollte den Verstand und die Gefühle der Kinder und Jugendlichen gleichermaßen ansprechen. Die Inhalte dieser im Spiel vermittelten Positionen waren im wesentlichen die „Aneignung revolutionärer und humanistischer Traditionen der Arbeiterklasse, das Werden und Wachsen der DDR, die Leistungen der SED, die unzerstörbare Freundschaft zur Sowjetunion und der Kampf um den Frieden sowie die internationale Solidarität mit allen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern“.<sup>95</sup>

Doch anhand der geheim gehaltenen Umfrageergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) wusste die politische Führung, dass nennenswerte Teile der Jugend sich bereits seit längerer Zeit von den legitimatorisch wichtigen Inhalten der offiziell gültigen Geschichtsschreibung und der herrschenden Politik distanziert hatten und nationalistische oder faschistische Einstellungen und Strömungen nicht mehr zu übersehen waren. In diese brisanten Widersprüche hinein setzte die SED auf eine Emotionalisierung der Beziehungen der Jugendlichen zu Heimat und Vaterland; den „imperialistischen und neofaschistischen Einflüssen aus dem Ausland“ wurde die „realsozialistische Sicherheit und Geborgenheit“ gegenüber gestellt.<sup>96</sup>

---

<sup>93</sup> Persönliche Information, FDJ BL Gera, JA, IZJ, A 10.592; Information, FDJ BL Leipzig, JA, IZJ, A 10.377.

<sup>94</sup> Persönliche Information, FDJ BL Potsdam, den 08.01.1980, JA, IZJ, A 9.629, S. 5-6.

<sup>95</sup> Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, v. 08.09.1983, JA, IZJ, A 10.373, S. 7f.

<sup>96</sup> Monatliche persönliche Information, FDJ BL Erfurt, v. 07.11.1979, JA, IZJ, A 9.301, S. 3f.

Die Losung der FDJ für das 40. Jubiläum der Staatsgründung lautete: „All‘ unsere Liebe und Treue und unsere Tat gehören unserem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik! Stärken und schützen wir es mit unseren Taten!“ Welche voluntaristischen Verrenkungen die Funktionäre dabei begehen mussten, zeigt der Inhalt eines Aufrufs in dem vorab beschrieben wurde, wie die „Kampfdemonstration als leidenschaftliches Bekenntnis der Jugend zu ihrem sozialistischen Vaterland gestaltet wird. Geprägt wird sie vom offensiven und optimistischen Auftreten der Teilnehmer, von einer einheitlichen Gestaltung des politischen Inhaltes, der Musik, des Gesanges, der Sprache und vielfältigen optischen Gestaltungsmitteln“.<sup>97</sup>

### **Abschluss und Perspektiven**

Der revolutionäre Sozialphilosoph H. Marcuse hat den Charakter der beiden Seiten des Kalten Krieges wie folgt beschrieben: „Freie Institutionen wetteifern mit autoritären darum, den Feind zu einer tödlichen Kraft innerhalb des Systems zu machen. Und diese tödliche Kraft regt Wachstum und Initiative an - nicht infolge der Größe und ökonomischen Auswirkung des Verteidigungssektors, sondern der Tatsache, dass die Gesellschaft als Ganzes zu einer Verteidigungsgesellschaft wird. Denn der Feind ist permanent. Er existiert nicht in einer Notsituation, sondern im Normalzustand. Er droht im Frieden wie im Krieg (und vielleicht mehr noch im Frieden; er wird so ins System als eine Bindekraft eingebaut. (...)) Der Feind ist der gemeinsame Nenner alles Tun und Lassens. Und der Feind ist nicht identisch mit dem gegenwärtigen Kommunismus oder gegenwärtigen Kapitalismus - er ist in beiden Fällen das reale Gespenst der Befreiung.“<sup>98</sup> Rosa Luxemburg, auf einige ihrer Texte hat sich die SED zuweilen bezogen, hat im Aufsatz „Zur russischen Revolution“ beinahe prophetisch beschrieben, welche gesellschaftspolitischen Auswirkungen autoritäre Vorstellungen über den Sozialismus zur Folge haben: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur

---

<sup>97</sup> Vorlag an das FDJ-Sekretariat Nr. 18/10/88, den 15.02.1988, JA, IZJ, A 11.436, S. 1.

<sup>98</sup> Marcuse, S. 71f.

allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.“<sup>99</sup>

Die autoritäre SED war ein Hauptquartier der deutschen Linken, nicht das Schwächste, und ihr Untergang hat die objektiven Bedingungen für eine tief greifende Veränderung verbessert. Mit ihrer Macht und mit ihrem Geld hatte sie, direkt, und indirekt z. B. durch die DKP und die SEW in Berlin (West), mit erheblichen materiellen und finanziellen Einflüssen, relevante politische und ideologische Abläufe und Konflikte der west-deutschen Linken insgesamt beeinflusst. Wie wir gesehen haben, war sich die SED mit den meisten Parteien und Gruppen der Linken in der BRD einig darin, den Staat Israel als faschistischen Staat zu denunzieren. Was ist daran anti-semitisch? Anti-Semitisch ist hier die Gleichsetzung des Vernichtungs-Anti-Semitismus der NS-Faschisten mit dem politischen und militärischen Vorgehen Israels gegen die Palästinenser. Diese Gleichsetzung dient dazu, die Massenmorde der NS-Barbaren zu verharmlosen und soll damit der psychischen und emotionalen Entlastung der Deutschen insgesamt dienen. Linke, also Sozialisten oder Kommunisten als Wegbereiter der Verharmlosung der Shoah!? Diese Linken, ansonsten historisch und politisch zersplittert und zerstritten bis zur Selbst-Unkenntlichkeit, waren sich von den 1950er Jahren bis quasi in die Gegenwart hinein, trotz aller Zwickigkeiten hinweg darin einig, den Staat Israel als faschistischen und rassistischen Staat der Juden zu verleumden! Eine Neu-Konstituierung der Linken muss daher einhergehen mit einer Kritik des Anti-Semitismus der Linken und damit auch einer Kritik der „sozialistischen“ Verhältnisse in der DDR. Die DDR war ein Staat der traditionellen deutschen Kommunisten und ihr deutscher „Sozialismus“ war und ist, besonders auch von Linken, zu kritisieren. Erst damit wird es möglich sein, glaubwürdige Perspektiven für einen internationalen Sozialismus zu entfalten, der ohne Rassismus oder Anti-Semitismus auskommt. In der Dialektik der Aufklärung wird auf den unauflösbaren Zusammenhang zwischen dem Grad an Freiheit in einer Gesellschaft mit dem aufklärerischen Denken: „Wir glauben, .... dass die Ursache des Rückfalls von Aufklärung in Mythologie nicht so sehr bei den eigens zum Zweck des Rückfalls ersonnenen nationalistischen, heidnischen und sonstigen modernen Mythologien zu suchen ist, sondern in der Furcht vor der Wahrheit erstarrenden Aufklärung selbst.“<sup>100</sup>

---

<sup>99</sup> Luxemburg, S. 362.

<sup>100</sup> Horkheimer/Adorno, S. 3.

## Literaturverzeichnis

- Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1973.
- Laura Benedict: Ein düsteres Kapitel, Alt-Nazis in der DDR, 6-teilige Artikelserie in: *die andere* ab dem 2. Februar 1992.
- Jochen Cerný (Hg.): Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon, 1. Auflage, Berlin 1992.
- Detlef Claussen: Versuch über den Antizionismus - Ein Rückblick -, in: Leon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 1992.
- Inge Deutschkron: Israel und die Deutschen, Zwischen Ressentiment und Ratio. Köln 1970.
- Heinz Galinski: Bedenkliche Symptome - DDR-Jugend gegen Neonazismus nicht völlig immun, in: *Berliner Allgemeine* v. 6.10.1978.
- Olaf Groehler: SED, VVN und Juden in der SBZ, in: Wolfgang Benz (Hg.) Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994).
- Ders.: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR. In: Helmut Meier/Detlef Nakath/Peter Welker (Hg.): Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte. hefte zur ddr-geschichte 26, Berlin 1995.
- Reinhardt Gutsche: Nur ein Erfüllungsgehilfe? Die SED-Führung und die militärische Option zur Niederschlagung der Opposition in Polen in den Jahren 1980/81. In: Klaus Schroeder (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Berlin 1994.
- Thomas Haury: Deutscher Imperialismus, in: *Jungle World* 47, Berlin 18. November 1998.
- Ders.: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, Berlin 2001, in: *trend online zeitung* 01/01 Berlin 2001, [www.trend.partisan.net](http://www.trend.partisan.net).
- Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg, 1995.
- Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.): So funktionierte die DDR, 3 Bde., Reinbek bei Hamburg, 1994.
- Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/Main, 1969.
- Peter Kratz: Rechte Genossen - Neokonservatismus in der SPD. Berlin, o.J.
- Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1990.
- Rosa Luxemburg: GW, Band 4, Berlin 1983.
- Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zu Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied und Berlin, 1975.
- Lothar Mertens: Juden in der DDR, in: Siegfried Theodor Arndt/Helmut Eschwege/Peter Honigmann/Lothar Mertens: Juden in der DDR, Geschichte - Probleme - Perspektiven, Duisburg 1988. Lothar Mertens: Staatlich propagierter Antizionismus: Das Israelbild der DDR, in: Wolfgang Benz (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993).
- Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996.
- Wilfriede Otto: Die „Waldheimer Prozesse“ 1950, Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Hefte zur ddr-geschichte 12, Berlin 1993.
- raf: texte der raf, Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe 1983.
- Ruth-Kristin Röbler (Hg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948, Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- Monika Schmidt: Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation. Hrsgg. vom Zentrum für Anti-Semitismusforschung, TU Berlin, Berlin, 2007.

- Alfred Streim: Saubere Wehrmacht? Die Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechern in der Bundesrepublik und in der DDR, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg, 1995.
- Angelika Timm: Hammer Zirkel Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn Bouvier 1997.
- Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (Hg.): Ehemalige Nationalsozialisten in Pan-kows Diensten, Fünfte ergänzte Ausgabe, Berlin 1965.
- Clemens Vollnhals (Hg.) In Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer: Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 - 1949, München 1991.
- Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln, 1996.
- Ders.: Kritik des Anti-Semitismus in der DDR, [www.shoa.de](http://www.shoa.de) 2006.
- Ders.: Kritik des Anti-Faschismus der SED, [www.stiftung-sozialgeschichte.de](http://www.stiftung-sozialgeschichte.de) 2008.
- Ders.: Kritik des Rassismus in der DDR, [www.harrywaibel.de](http://www.harrywaibel.de) 2008.
- Hermann Weber: Geschichte der DDR, München 1985/1999.
- Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, in: Armin Mitter und Stefan Wolle (Hg.): Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1, Berlin 1995.